

p.B.15.21.Youg.Uch. - BK/mlmSTRENG VERTRAULICH

✓ s. B. 72. 9. 15. 1.

✓ p. B. 51. 14. 21. 20. Youg

✓ s. B. 14. 21. Youg. 0. 64/66

✓ s. B. 31. 31. Youg. 0. 1.

✓ p. B. 73. Nigeria. 0.

Offizieller Besuch des Vorstehers  
des Eidg. Politischen Departements  
in Belgrad vom 28.10. - 1.11.1969

=====

## P r o t o k o l l

der beiden Arbeitssitzungen im Aussenministerium

vom 29. und 30. Oktober 1969

Jugoslawische Delegation

Mirko TEPAVAC	Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten (Vorsitz)
Ante DRNDIC	Stellvertretender Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten
Ljubo ILIC	Jugoslawischer Botschafter in Bern
Nikola MANDIC	Direktor im Staatssekretariat für Auswärtige Angelegenheiten
Aleksander DEMAJO	Kabinettschef des Staatssekretärs
Branko KOMATINA	Stellvertretender Direktor im Staatssekretariat für Auswärtige Angelegenheiten
Jovan POLKIC	Sektionschef im Sekretariat für Auswärtige Angelegenheiten
Bosko VRANES	Chef der Sektion "Schweiz, Oesterreich, BRD" im Staatssekretariat für Auswärtige Angelegenheiten
Zvonimir PETNICKI	Uebersetzer

Schweizerische Delegation

Willy SPUEHLER	Bundesrat, Vorsteher des Politischen Departements
Hans KELLER	Schweizerischer Botschafter in Belgrad
Hans MIESCH	Minister, Chef des Politischen Dienstes Ost
Arthur MONNIER	Botschaftsrat der Schweizerischen Botschaft in Belgrad
Eugen KLOETI	Erster Sekretär der Schweizerischen Botschaft in Belgrad
Franz BLANKART	Sekretär des Departementsvorstehers (Aufzeichnung)



Tagesordnung:

1. Europäische Sicherheitskonferenz
2. Deutschland und Frankreich
3. Entwicklungshilfe
4. Wirtschaftliche Fragen
5. Ausfuhr von Waffen und entsprechenden Lizenzen
6. Rechtshilfe in Zivilsachen
7. Sozialversicherungsabkommen
8. Konsularische Beziehungen
9. Nigeria / Biafra

Arbeitssprachen:

französisch und serbokroatisch (mit Uebersetzer)

Beginn der ersten Sitzung: 29. Oktober, 09.15

Herr Spühler gibt - nach der gegenseitigen Begrüssung - seinem Beileid für die Opfer des Erdbebens, das am 26. und 27. Oktober die Stadt Banja Luka heimgesucht hat, Ausdruck und überreicht dem jugoslawischen Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten zu Handen der Geschädigten einen Check über Fr. 100'000.--.

Herr Tepavac dankt für diesen "Ausdruck der Solidarität"; der schweizerische Beitrag ist die erste Hilfeleistung von Seiten des Auslandes.

1. Europäische Sicherheitskonferenz

Herr Tepavac: Seit unserer letzten Zusammenkunft im Juni dieses Jahres haben wir mit dem Regierungswechsel in der BRD ein neues Element zur Beurteilung der Europäischen Sicherheit zur Verfügung. Eine Analyse des Problems aus dieser Sicht scheint mir deshalb angebracht zu sein.

Herr Spühler erläutert kurz den Schweizer Standpunkt: Grundsätzliches Interesse der Schweiz an der Stärkung der europäischen

- 3 -

Sicherheit und deshalb Bereitschaft, an einer Konferenz aktiv teilzunehmen; Zurückhaltung in Bezug auf Fragen, die sich als Folge des 2. Weltkriegs ergeben; Erfordernis einer sorgfältigen Vorbereitung; Vorgehen in drei Phasen (bilaterale Gespräche, Präliminarkonferenz, Hauptkonferenz); Teilnahme jener Staaten, für welche die europäische Sicherheit ein unmittelbares Anliegen darstellt, d.h. der USA und Kanadas. Diese Teilnahme scheint von der UdSSR akzeptiert worden zu sein; offen ist nur noch die Frage, von welchem Zeitpunkt an sie zugelassen werden sollen. Unseres Erachtens sollten sie, nachdem sie sich seit 30 Jahren aktiv in Europa engagiert haben, aus Gründen der Realpolitik von Anfang an, d.h. mit Beginn der Präliminarkonferenz, den Gesprächen als vollwertige Mitglieder beiwohnen können. Gegenwärtig ~~tagen die Warschauer-Pakt-Staaten, im Dezember werden die NATO-Staaten zu-~~sammentreffen, um ihre diesbezügliche Politik zu besprechen, ev. sogar festzulegen. Es dürfte wohl erst nach diesen Zusammenkünften möglich sein, sich ein Bild über die Chancen einer Europäischen Sicherheitskonferenz zu machen. Von Bedeutung ist die Tatsache, dass sich die UdSSR vermehrt an deren Abhaltung zu interessieren beginnt. Ob damit ein wirkliches Anliegen um die Förderung der europäischen Sicherheit zum Ausdruck kommt oder lediglich der Versuch, auf die Konferenz, nachdem sie nun einmal abgehalten wird, einen möglichst wirksamen Einfluss auszuüben, ist im gegenwärtigen Moment noch schwierig zu beurteilen. - Aufschlussreich ist die polnische Haltung: Polen möchte die Grundprinzipien der UNO-Charta in die Definition der europäischen Sicherheit einbeziehen, um damit leichter zu einer Bestätigung seiner nationalen Souveränität und Integrität zu gelangen. Als weitere programmatische Punkte, die mit den Grundprinzipien der UNO-Charta zu e i n e m Vertragswerk der europäischen Sicherheit geschmiedet werden sollen, nennen die Polen die Abrüstung und die europäische Zusammenarbeit. Es scheint, dass sie in der Vorbereitung ihres Vertragsentwurfes schon ziemlich weit fortgeschritten sind.

Herr Tepavac: Unsere Sondierungen haben ergeben, dass alle Staaten Europas ein eminentes Interesse an der Stärkung der europäischen Sicherheit haben und der Abhaltung einer entsprechenden Kon-

- 4 -

ferenz folglich positiv gegenüberstehen. Die "événements désagréables" des 21. August 1968 haben bei den meisten Staaten das Bewusstsein der Notwendigkeit einer solchen Konferenz noch verstärkt. Aus eben diesem Grunde haben wir den Budapester Appell und die Einladung Helsinkis begrüsst. Selbst wenn mit diesem Appell eine gewisse Propaganda verbunden ist, kann er doch für unser Anliegen, die Sicherheit und Zusammenarbeit unter den europäischen Völkern zu fördern, nur nützlich sein. Unseres Erachtens darf kein Mittel unversucht gelassen werden, um Rückschläge wie jenen vom 21. August fürderhin zu verhindern. Es ist deshalb wichtig, dass die Konferenz möglichst bald zustande kommt, wenn auch der Termin des Frühjahrs 1970, der von manchen gewünscht wird, angesichts der noch notwendigen Vorbereitungsarbeiten etwas verfrüht sein dürfte. Wie schwierig es auch sein wird, zu einem Ergebnis zu gelangen, das Ziel rechtfertigt die grössten Anstrengungen. Hierbei gibt es zwei Arten des Vorgehens: Entweder wird die europäische Sicherheit auf der Grundlage der beiden Blöcke gebaut und folglich von den beiden Supermächten definiert oder aber sie wird zu einem Werk der Zusammenarbeit aller europäischen Staaten, und dies auf der Basis einer vollkommenen Gleichberechtigung. Es versteht sich von selbst, dass wir für die zweite Methode eintreten, dies um so mehr als wir keinem Block angehören. Wir wollen in souveräner Weise, nicht unter Diktat, unsere Unabhängigkeit garantieren und unsere Zusammenarbeit mit allen Staaten des Kontinents gestalten. Europa ist nun während mehr als zwei Jahrzehnten geteilt gewesen. Wenn die Konferenz nicht eine Aufweichung dieser starren Zweiteilung anzubahnen vermag, wird sie einen Misserfolg darstellen. Jedenfalls wird sie nach unserer Auffassung nicht schon ein fertiges Ergebnis zeitigen können; vielmehr soll sie Anfang einer neuen Entwicklung sein. Diese Entwicklung, nämlich die Aufweichung der Blöcke, ist eh und je Ziel unserer Politik gewesen. Unsere oft auf Widerstand stossenden Bemühungen beginnen Früchte zu tragen. Bisher hat im Westen die NATO, im Osten der Warschau-Pakt die europäische Sicherheit garantiert; allein, dies geschah mit militärischen Mitteln. Heute, da sich die meisten Staaten mittlerer Grösse von der Bevormundung durch die Supermächte zu lösen suchen, gilt es,

mit friedlichen Mitteln die Sicherheit unseres Kontinents zu gewährleisten. Hierfür erweist sich eine Verbindung jener Staaten, die gegen die Blockpolitik eingestellt sind, nicht als notwendig; es genügt, sich auf den Grundsatz der ungeteilten Souveränität zu besinnen. - Wir teilen Ihre Ansicht in Bezug auf die Notwendigkeit einer sorgfältigen Vorbereitung der Konferenz. Dennoch sollte deren Einberufung nicht zu lange herausgeschoben werden. Denn will man sie so lange vorbereiten, dass sie nur noch das vorgängig Abgesprochene zu sanktionieren braucht, kommt sie überhaupt nie zustande. Je länger wir warten, desto leichter fällt es den Supermächten, ihre Blockpolitik zu festigen. Der Rüstungswettlauf ginge weiter; die Manöver an den Grenzen der Blöcke würden intensiviert. Es gilt, einen Rückfall in den Kalten Krieg zu verhindern; jetzt ist der Zeitpunkt günstig. - Immerhin müssten die Prozedurfragen und die Tagesordnung vorher geklärt sein, damit der Konferenz ein guter Start beschieden wird. Für uns ist klar, dass a l l e europäischen Staaten an dieser Konferenz teilnehmen müssen; eine andere Lösung wäre unrealistisch. Die Lösung des Deutschland-Problems kann nicht zur Voraussetzung für das Einberufen der Konferenz gemacht werden, ansonst beide, Lösung und Konferenz, für lange Zeit unmöglich bleiben. Vielmehr ist es Aufgabe der Zusammenkunft, zur Klärung der deutschen Frage beizutragen. Der Regierungswechsel in der BRD dürfte einer solchen Klärung förderlich sein. - Wir freuen uns, dass die Schweiz, obwohl sie neutral ist und am 2. Weltkrieg nicht teilgenommen hat, der Konferenz aktiv beizuwohnen gedenkt. Sie wird die Stimme jener Staaten, die nicht einem Block angehören, verstärken. - Als Realpolitiker sind wir wie Sie der Meinung, dass jene ausser-europäischen Staaten, die einen de facto-Einfluss auf die Sicherheit des Kontinents ausüben, die Vereinigten Staaten und Kanada, an der Konferenz teilnehmen sollten. Anlässlich seines Besuchs in Belgrad hat Gromyko deren Teilnahme nicht in Frage gestellt; doch müsse diese von der G e s a m t h e i t der europäischen Staaten beschlossen werden [was praktisch heisst: an einer Vorkonferenz, an der die DDR, nicht aber schon die USA und Kanada teilnehmen]. - Dass die UdSSR neuerdings auf eine baldige Abhaltung der Konferenz hin drängt, erachten wir als

ein Positivum. Die vorgängige Zusammenkunft der Warschau-Pakt-Staaten ist verständlich, wenn auch zu hoffen ist, dass sie nicht zu einer Disziplinierung seitens der Sowjetunion führt; denn dies würde die Konferenz zu einem Gespräch zwischen Pakten, d.h. zwischen deren Führerstaaten werden lassen, was wir und zahlreiche andere Länder verhindern wollen. Glücklicherweise ist die Einheitlichkeit innerhalb der Blöcke nicht mehr so stark, dass die einzelnen Staaten nicht auch ihre eigene Meinung zum Ausdruck bringen könnten. Darum nochmals: Jetzt ist der Moment günstig, das "Non-Alignment" auch in Europa zu stärken. Nützen wir die Gelegenheit und ermutigen wir jene Staaten, die ihre Autonomie bekräftigen wollen! Jugoslawien hat diese mit den sozialistischen Prinzipien übereinstimmende Politik gegenüber der Dritten Welt seit jeher verfolgt; wieso sollte sie nicht auch für Europa gelten?

Herr Spühler: Das Problem ist, dass für manche Staaten die Blockfreiheit noch als mangelnde Garantie in Bezug auf die nationale Sicherheit angesehen wird, weshalb sie es vorziehen, sich einem Pakt unterzuordnen. Leider haben in der Geschichte verschiedene Staaten mit der Neutralität oder Blockfreiheit schlechte Erfahrungen gemacht. Es gilt somit, wie Sie sagten, friedliche Mittel zur Erhaltung der Sicherheit zu schaffen. Damit stellt sich das bekannte Problem der kollektiven Garantien, Wirtschaftssanktionen usw. Auf lange Sicht wäre die allmähliche und gleichzeitige Auflösung der Blöcke zweifellos wünschbar. Doch ist hierfür noch ein grosses Mass an Misstrauen abzubauen. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in die Tschechoslowakei ist einer solchen Entwicklung nicht förderlich gewesen. Die Doktrin der beschränkten Souveränität wird sich wohl wie ein Schatten über die Sicherheitskonferenz legen. Stellt man ein Inventar der Schwierigkeiten zusammen, die der Garantie der Sicherheit in Europa entgegenstehen, so erkennt man, dass zu deren Ueberwindung eine neue politische Konzeption unseres Kontinents von Nöten wäre. Diese Tatsache soll uns nicht entmutigen; doch dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Die Länder, die schon jetzt keinem Block angehören, haben hierbei eine wesentliche

Aufgabe wahrzunehmen. Sie müssen glaubhaft machen, dass ihre Sicherheit auch ohne den indirekten Schutz der Blöcke gewährleistet ist. Wie schon erwähnt, wird die Schweiz an den Gesprächen, welche die Folgen des 2. Weltkrieges zum Gegenstand haben, als neutrales Land, das vom 2. Weltkrieg verschont geblieben ist, nicht aktiv teilnehmen. Dies schliesst aber nicht aus, dass sie es begrüßen würde, wenn es der Konferenz gelänge, diese seit 25 Jahren hängigen Probleme in einer allseits befriedigenden Weise zu lösen. - Dass die DDR existiert, ist auch für uns eine politische und historische Tatsache. Eine Politik des "als ob" wäre unrealistisch. Es ist zu hoffen, dass es Bundeskanzler Brandt gelingen wird, der westdeutschen Ostpolitik eine Wendung zu geben. Doch ist es nicht Sache der Schweiz, Kriegsfolgen zu sanktionieren, über die sich selbst die kriegführenden Staaten noch nicht zu einigen vermochten. Zudem sind wir durch die Hallstein-Doktrin vor eine Alternative gestellt worden, die wir verständlicherweise im Sinne unserer Interessen anzupacken hatten. - Unseres Erachtens sollten die Statuierung der unbeschränkten Souveränität und die Verringerung der Spannungen in Europa die zwei Hauptziele der Konferenz darstellen. Es ist zu hoffen, dass die bilateralen Gespräche der UdSSR und der USA in Helsinki nicht ergebnislos bleiben werden; denn das Klima dieser Gespräche wird zweifellos den Verlauf der Konferenz grundlegend beeinflussen: Ob wir es wollen oder nicht, an der Vorhandenheit der zwei Supermächte wird keine Konferenz etwas ändern können. Vielleicht, dass das Verhalten Chinas zur Beruhigung der politischen Front in Europa beitragen wird.

Herr Tepavac: Wer heute von beschränkter Souveränität spricht, denkt an Breschnew; allein, faktisch findet sich diese auf fast allen Erdteilen. Es gilt, das Prinzip der Unverletzbarkeit der Staaten und der Nicht-Einmischung überall, ungeachtet des jeweils anvisierten Staates, zu verteidigen. Wenn wir aber in den Kalten Krieg zurückfallen, wird sich das Phänomen der beschränkten Souveränität noch verbreiten; nur mit dem Unterschied, dass die Beschränkung vielleicht etwas eleganter durchgeführt wird als dies am 21. August 1968 der Fall

- 8 -

gewesen ist. Deshalb gilt es, die Spannungen zwischen den Blöcken zu verringern; das ist nur durch das Mittel der vermehrten zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu erreichen.

Herr Spühler stimmt dieser Aeusserung zu.

Herr Tepavac: Ich möchte Ihnen vorschlagen, dass wir in Bezug auf die Europäische Sicherheitskonferenz in ständiger Verbindung bleiben, um gegebenenfalls gemeinsame Demarchen zu unternehmen.

Herr Spühler ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

## 2. Deutschland und Frankreich

Herr Spühler: Glauben Sie, dass sich die Haltung der UdSSR gegenüber der BRD im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel in Bonn ändern wird? Ist die sowjetische Regierung beweglich genug, um angesichts dieser neuen Lage aus ihrem bisherigen, dogmatisch anmutenden Immobilismus herauszukommen?

Herr Tepavac: Dies hängt weitgehend vom Grad ab, bis zu welchem Brandt seine Ostpolitik tatsächlich wird ändern können. Er ist ja nicht völlig frei, das ihm richtig Scheinende zu verwirklichen; denn die internen Schwierigkeiten, die sich einer neuen Ostpolitik entgegenstellen, sind beträchtlich. Zudem kann er die Politik, die er als Aussenminister verfolgt hat, nicht völlig verleugnen. Immerhin war es mitunter die im Programm seiner Wahlkampagne genannte Neuorientierung der Ostpolitik, die ihm zum Sieg verholfen hat. Dies werten wir als ein ausgesprochenes Positivum. Allein, wird die neue Politik nicht erst recht die reaktionären Kräfte des Landes herausfordern? Wie dem auch sei, wir setzen grosse Hoffnungen in Brandt, und wir glauben, dass die sowjetische Führung gegenüber einer wirklichen Neuorientierung der westdeutschen Ostpolitik nicht indifferent bleiben wird.



- 9 -

Herr Spühler: Dennoch bleibt eine gewisse Skepsis: Nach so vielen Jahren antideutscher Politik bedürfte es sowjetischerseits einer grundlegenden Aenderung der aussenpolitischen Struktur, um gegenüber der BRD zu einem normalen Verhältnis zu gelangen.

Herr Tepavac: Stimmt. Erste Voraussetzung hierfür aber ist, dass Brandt eine wirkliche Oeffnung nach Osten vornimmt und nicht bloss in der Politik der Proklamation stecken bleibt.

Herr Spühler: Wie beurteilen Sie die Lage Frankreichs?

Herr Tepavac: Die neue französische Administration führt die gaullistische Politik der nationalen Unabhängigkeit fort, was wir nur unterstützen können. Unsere Beziehungen zu Paris sind vorzüglich, was wir vor allem in Bezug auf unsere Wünsche gegenüber der EWG als wichtig erachten. An der Europäischen Sicherheitskonferenz wird Frankreich zweifellos eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Herr Spühler: Es wird sich wohl erst nach der EWG-Gipfelkonferenz zeigen, ob die neue französische Regierung in Bezug auf die Integration eine flexiblere Haltung einnehmen wird als jene de Gaulles. Mit einer Erweiterung dürfte indessen noch etliche Zeit nicht gerechnet werden können, da die Franzosen vorerst das "achèvement", d.h. vor allem die Regelung der Agrarfinanzierung, erstreben. Diese ist mit der Aufwertung der D-Mark noch komplexer geworden. Die Schweiz tritt seit jeher für eine gesamteuropäische und GATT-konforme Lösung des Integrationsproblems ein; eine solche könnte in einer grossen Freihandelszone gefunden werden.

### 3. Entwicklungshilfe

Herr Tepavac: In der Konzeption der Entwicklungshilfe gehen leider die Auffassungen der europäischen Staaten auseinander. Vielfach wird zwischen Verpflichtung und Geschäft nicht klar getrennt. Manche Staaten glauben, sich mit einer karitativen Geste (die sie sich erst noch politisch zunutze machen) dieser grundlegenden Aufgabe entledigen zu können. Die Skandinavier und Niederländer scheinen uns in Bezug auf die Entwicklungshilfe eine gute Arbeit zu leisten. Auch auf diesem Gebiet wäre eine europäische Zusammenarbeit wünschbar. Die Länder der Dritten Welt, die ihrerseits die Notwendigkeit eigener Anstrengungen eingesehen haben, würden solch eine Zusammenarbeit begrüßen. Jedenfalls haben alle europäischen Staaten unabhängig von ihrer jeweiligen Gesellschaftsform ein eminentes Interesse daran, dass sich der Unterschied zwischen den Entwicklungs- und Industriestaaten verringert, stellt dieser Unterschied doch eine Ursache latenter Konflikte dar.

Herr Spühler: Die Entwicklungshilfe ist in der Tat viel wichtiger als manches aussenpolitische Problem, mit welchem sich gewisse Regierungen mit beträchtlichem Aufwand zu beschäftigen pflegen. Sie ist meines Erachtens die wichtigste Aufgabe des noch verbleibenden Jahrhunderts. Von ihrem Erfolg dürfte mittelbar auch der Fortbestand der abendländischen Kultur abhängen. Allein, es bedarf noch einer beträchtlichen Aufklärungsarbeit, um dieses Anliegen einer breiteren Schicht populär zu machen. Immerhin scheint die öffentliche Meinung mehr und mehr die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe einzusehen. - Die zur Verwirklichung der Entwicklungshilfe notwendigen internationalen Organisationen sind geschaffen; wir glauben nicht, dass sich deren Vermehrung aufdrängt. Doch sollte besonderes Gewicht auf eine unpolitische und rationelle Arbeitsweise dieser Institutionen gelegt werden. Die blockfreien und neutralen Länder, die keine koloniale Vergangenheit hinter sich haben, können hierbei einen wesentlichen Einfluss ausüben. - Das schweizerische Parlament behandelt zur Zeit

- 11 -

einen Dreijahreskredit über 180 mio Franken, der neben einem solchen von 50 mio Franken für internationale Hilfswerke, für die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern bereitgestellt werden soll. Von diesem Betrag werden wir 1/3 den internationalen Entwicklungsorganisationen zur Verfügung stellen. 2/3 finden für bundeseigene Projekte und solche privater Entwicklungsorganisationen - die übrigens sehr gute Arbeit leisten - Anwendung. Grundsätzlich stellen wir den Regierungen kein Geld, sondern nur Know-how und Material zur Verfügung. Empfänger sind Staaten, die ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von 500 \$ noch nicht erreicht haben.

Herr Tepavac dankt für diese Ausführungen.

Ende der ersten Sitzung: 11.30

Beginn der zweiten Sitzung: 30. Oktober, 09.30

#### 4. Wirtschaftliche Fragen

Herr Tepavac: Unseres Erachtens sollten die Möglichkeiten des Warenaustausches und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen unsern beiden Ländern voll ausgenützt werden. Doch ist dies jugoslawischerseits nicht so leicht zu bewerkstelligen. Unsere Handelsbilanz gegenüber dem Westen ist negativ, gegenüber dem Osten positiv. Wir könnten diese Situation korrigieren, indem wir mehr aus den kommunistischen, weniger aus den kapitalistischen Staaten importierten; allein, dies würde die Unabhängigkeit Jugoslawiens, mithin seine politische Stabilität, beeinträchtigen. Wie Sie wissen, haben wir im Jahr 1967 Waren für rund 57 mio Franken nach der Schweiz exportiert und für 138 mio Franken aus der Schweiz importiert, was ein Defizit von 81 mio Franken ergibt. 1968 hat sich dieses Defizit noch vergrößert; die drei Zahlen lauten: 56 mio Franken Export, 179 mio Franken

Import, 123 mio Franken Defizit. Sie werden begreifen, dass wir, wollen wir eine vernünftige Wirtschaftspolitik betreiben, nicht weiterhin derartige Fehlbeträge in Kauf nehmen können. Vielmehr müssen unsere Wirtschaftskreise ermutigt werden, geeignete Massnahmen zu ergreifen, um dieser Lage zu begegnen, dies z.B. mit dem Mittel der industriellen Zusammenarbeit. Es bestehen bereits 30 Projekte dieser Art. - Ferner wären wir an einem vermehrten Kapitalexport seitens der Schweiz interessiert. Wir haben unsere diesbezügliche Gesetzgebung vor zwei Jahren in einem für die ausländischen Kapitalgeber günstigen Sinne geändert; leider ist der damit angestrebte Erfolg noch nicht im gewünschten Masse verwirklicht worden.

Herr Spühler: Ich teile Ihre Auffassung, wonach wir alles Interesse haben, unsere gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen vollends auszus schöpfen. Von Staates wegen haben wir die Hindernisse weggeräumt, indem wir die Zollsätze gesenkt und den Clearing abgeschafft haben. Ein Mehreres zu tun, ist in einer un gelenkten Volkswirtschaft kaum möglich. - Die Defizitsituation Ihrer Handelsbilanz gegenüber der Schweiz ist uns wohl bewusst: Unser Export nach Jugoslawien ist in der Tat in den letzten Jahren gestiegen, während der Import mehr oder weniger gleich geblieben ist. Immerhin ist in den ersten 9 Monaten des laufenden Jahres, d.h. seit der Abschaffung des Clearing, die Zuwachsrate des Importes höher als diejenige des Exportes (16% : 12%). Ferner möchte ich auf den schweizerischen Tourismus in Jugoslawien hinweisen: In den ersten acht Monaten dieses Jahres haben Reisebüros zwischen 120'000 - 130'000 schweizerische Touristen jugoslawischen Hotels vermittelt. Dazu kommen die Reisenden, die das Land ohne Vermittlung solcher Agenturen - z.T. im Transit - besuchten (ca. 430'000 Uebernachtungen in derselben Zeitspanne). Dieser Tourismus dürfte einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die Zahlungsbilanz haben. Dazu kommen die Transferzahlungen der 15'000 jugoslawischen Arbeitskräfte in der Schweiz. Bei diesen Jugoslawen handelt es sich um meist gut ausgewiesene, von ihren Arbeitgebern und der Bevölkerung geschätzte Leute, zu 50% um Intellektuelle, die einen guten Teil ihrer Einkünfte ihren Familien in Jugoslawien zukommen lassen.

- 13 -

Herr Tepavac: Dies stimmt. Im Jahre 1968 hatten wir für rund 45 mio Franken Transferzahlungen aus der Schweiz zu verzeichnen. Diese Devisen kommen uns wohl zustatten.

Herr Spühler: Was die von Ihnen genannte industrielle Zusammenarbeit betrifft, glaube ich, dass sich hier beträchtliche Möglichkeiten abzuzeichnen beginnen; denn Jugoslawien besitzt überschüssige Kapazität sowie genügend Arbeitskräfte, während die Schweiz auf bestimmten Gebieten über eine grössere Erfahrung verfügt. Die beiden Länder ergänzen sich somit bis zu einem gewissen Grad recht günstig. Nachdem die Firma Sulzer schon vor vielen Jahren erstmals einen Lizenzvertrag mit einer jugoslawischen Werft abgeschlossen hat, sind in den letzten Jahren weitere Vereinbarungen solcher Art zustandegekommen. Die letzten Fälle betreffen die Firmen Knorr, Suchard und Nestlé. Aber auch Ciba, Sandoz, Geigy, Brown Boveri und Schindler, um nur die wichtigsten zu nennen, haben Abkommen über die Zusammenarbeit mit jugoslawischen Partnern unterzeichnet.

[Suchard]

Herr Keller: Eine schweizerische Grossfirma ist im Begriff, mit einem jugoslawischen Partner einen Vertrag über industrielle, technische und kommerzielle Zusammenarbeit abzuschliessen und dabei auch einen Versuch mit einer beschränkten Kapitalanlage zu wagen. Diese Angelegenheit wird für andere Firmen zweifellos den Charakter eines Test-Case annehmen. Denn die Investitionsgesetzgebung Jugoslawiens scheint manchen schweizerischen Interessenten noch reichlich kompliziert zu sein. Uebrigens hegen Finanzkreise anderer westlicher Länder ähnliche Bedenken. Es ist zu hoffen, dass die geplante, zweite Revision der Investitionsgesetzgebung diesen Bedenken Rechnung tragen wird. Auch ist die Tatsache, dass Ihre Gesetzgebung es unsern Exportfirmen verbietet, Nicht-Jugoslawen als Vertreter in Jugoslawien zu etablieren, dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen sicher nicht förderlich.

Herr Spühler: Unsere Uhrenindustrie findet gegenwärtig in Jugoslawien ein grosses Absatzgebiet. Ihr Land importiert gegenwärtig mehr

- 14 -

Schweizer Uhren als alle Warschau-Pakt Staaten zusammen. Hierbei steigt nicht nur jährlich die Gesamtzahl der eingeführten Uhren, sondern auch der Durchschnittswert der einzelnen Stücke. Die FH weiss diese Tatsache sehr zu schätzen und ist bereit, im Sinne einer industriellen Zusammenarbeit das Ihre beizutragen. Sie hat mich gebeten, Ihnen zu Handen der interessierten Kreise die folgenden Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen:

1. Zwei Stipendien für junge jugoslawische Uhrenmacher, denen ermöglicht werden soll, während 11 Monaten unentgeltlich die Ausbildungskurse des Centre de formation technique in Neuenburg zu besuchen; Reise von der FH bezahlt.
2. Zwei Stipendien für junge jugoslawische Uhrenverkäufer, denen ermöglicht werden soll, während 6 Wochen unentgeltlich die Ausbildungskurse des Centre de formation commerciale de l'industrie horlogère suisse in Lausanne zu besuchen; Reise von FH bezahlt.

Ferner hat mich die FH ersucht, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, dass die schweizerische Uhrenindustrie an der Zagreber Messe von 1970 als Aussteller teilnehmen wird.

Herr Tepavac dankt für dieses Angebot. Derartige Ausbildungsmöglichkeiten erachten wir als äusserst nützlich. - Wie Sie wissen, haben die Vertreter unserer grossen Exportfirmen gewünscht, mit Ihnen Verbindung aufzunehmen, um Ihnen einen Ueberblick über deren Schwierigkeiten und Wünsche zu geben. Wir sind glücklich darüber, dass Sie sich bereit erklärt haben, diese Geschäftsleute zu empfangen.

Herr Spühler: Als Vorsteher des Politischen Departements gebe ich mich nur mit wirtschaftlichen Fragen ab, sofern diese von aussenpolitischem Belang sind. Doch bin ich gerne bereit, die Ausführungen Ihrer Wirtschaftsvertreter zur Kenntnis zu nehmen \*). Im übrigen hat der Bundesrat die Absicht, den zuständigen Delegierten für Handelsverträge, Botschafter Raymond Probst, anlässlich der nächsten Zagreber

\*) Das Protokoll dieser konsultativen Sitzung vom 31. Oktober 1969 wurde von Herrn E. Klöti, Schweizerische Botschaft in Belgrad, verfasst; Dossier p.B.15.21.Youg.Uch., Protokoll vom 7.11.69.

- 15 -

Messe nach Jugoslawien zu entsenden; er wird mit Ihnen bei dieser Gelegenheit die hängigen Wirtschaftsfragen zur Sprache bringen.

Herr Tepavac: Wir wissen dies sehr zu schätzen; denn wir glauben, dass eine reelle Chance besteht, unser gegenseitiges Handelsvolumen (das übrigens grösser ist als das jugoslawisch-französische) ins Gleichgewicht zu bringen. - Wir importieren für 200 mio \$ Waren aus den USA, ohne uns deswegen in ein Handelsbilanzdefizit hineinzumanteln. Dies sollte auch in Bezug auf die Schweiz möglich sein.

Herr Mandic: Die Handelsbilanz mit den USA hat ihren Ausgleich gefunden, nachdem amerikanische Marketing-Fachleute nach Jugoslawien gekommen sind, um nicht nur den hiesigen Markt zu untersuchen, sondern auch jene Sektoren unseres Angebotes, die in den USA Absatz finden könnten.

Herr Keller: Botschafter Probst wird vermutlich von Vertretern der interessierten Branchen begleitet sein. Diese werden, schon im eigenen Interesse, nach Möglichkeiten Ihrer Exportförderung forschen. Doch liegt es primär an den jugoslawischen Firmen selbst, auf Grund ihres Angebotes die ausländischen Absatzmärkte zu analysieren.

Herr Tepavac: Dies stimmt. Unser Handelsministerium hat diese Aufgabe übrigens schon seit einiger Zeit an die Hand genommen.

##### 5. Ausfuhr von Waffen und entsprechenden Lizenzen

Herr Tepavac: Jugoslawischerseits besteht ein Interesse an einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Waffenproduktion. Ein Blick auf unsere - oft leidvolle - Geschichte dieses Jahrhunderts mag Ihnen zeigen, wozu wir Waffen, wenn überhaupt, benützen würden. Es ist klar, dass unsere Armee eine rein defensive Aufgabe hat. Dennoch ist die Schweiz bisher, im Gegensatz zu Italien, nicht bereit gewesen, auf diesem Gebiet

mit uns zusammenzuarbeiten. Wir haben bisher das Begehren um Ersatzteile für Artillerie-Kanonen sowie für Zielgeräte gestellt. Ferner wünschten wir Lizenzen zum Bau von Hispano-Suiza 820 L Flab-Kanonen. Nach Angaben der betreffenden Firmen soll es der Bundesrat sein, der die Ausfuhrbewilligung bisher verweigert hat.

Herr Spühler: Die Bestimmungen in Bezug auf die schweizerische Waffenausfuhr werden gegenüber allen Ländern gleich gehandhabt. Ich glaube nicht, dass ein politisches Hindernis für einen derartigen Export nach Jugoslawien besteht. Möglich ist, dass die betreffenden Waffen und Ersatzteile aus Geheimhaltungsgründen überhaupt nicht exportiert werden. Die angedeuteten Fälle sind mir nicht bekannt. Ich bin gerne bereit, sie nach meiner Rückkehr untersuchen zu lassen und Ihnen auf dem üblichen diplomatischen Wege Antwort auf Ihre heutige Anfrage zu geben.

## 6. Rechtshilfe in Zivilsachen

Herr Tepavac: Das Rechtshilfeabkommen, das zwischen unsern beiden Ländern in Gebrauch ist, wurde seinerzeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Serbien abgeschlossen. In verschiedener Hinsicht ist diese Grundlage überholt. Wir möchten Ihnen deshalb dessen Revidierung vorschlagen.

Herr Ilic: Was uns vor allem fehlt, sind Bestimmungen in Bezug auf die Vollstreckung von Urteilen auf dem Gebiete des Zivil- und Handelsrechts. So haben wir z.B. stets wieder Schwierigkeiten mit der Erzwingung der gerichtlich festgesetzten Alimentenzahlung von jugoslawischen Arbeitskräften in der Schweiz für deren Kinder in der Heimat.

Herr Miesch: Was den Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen anbelangt, so ist Jugoslawien Mitglied der Haager Uebereinkunft betreffend Zivilprozessrecht 1905/1954. Aus schweizerischer Sicht hat der Verkehr mit



Jugoslawien bisher befriedigend funktioniert, wenn auch untergeordnete Fragen noch einer Regelung bedürfen. Hingegen besteht auch schweizerischerseits ein Interesse am allfälligen Abschluss eines Vollstreckungsabkommens für zivil- und handelsrechtliche Urteile.

Herr Spühler: Wir sind gerne bereit, konkrete Vorschläge zu prüfen.

### 7. Sozialversicherungsabkommen

Herr Tepavac gibt bekannt, dass Jugoslawien formell das Begehren nach Revision des schweizerisch-jugoslawischen Sozialversicherungsabkommens stellen wird.

Herr Spühler nimmt dies zur Kenntnis.

### 8. Konsularische Beziehungen

Herr Spühler: Angesichts der wachsenden Bedeutung unserer touristischen und wirtschaftlichen Beziehungen scheint es uns angebracht, unser Konsulat in Zagreb gelegentlich in ein Generalkonsulat umzuwandeln und an der adriatischen Küste eine Konsularagentur zu eröffnen. Ich nehme nicht an, dass Sie gegen dieses Vorhaben Einwände vorzubringen haben.

Herr Tepavac: Im Gegenteil; wir nehmen diesen Entscheid mit Befriedigung zur Kenntnis und hoffen, dass er den gegenseitigen Tourismus und Warenaustausch noch fördern wird.

9. Nigeria/Biafra

Herr Tepavac: Sie haben gestern Präsident Tito den Vorschlag einer gemeinsamen Demarche zu Gunsten eines Waffenstillstandes im nigerianisch-biafranischen Konflikt gemacht. Ein Appell neutraler und blockfreier Länder kann nützlich sein; dies unter der Bedingung, dass der Zeitpunkt richtig gewählt ist. Auch glaube ich, dass die Schweiz nach all ihren Leistungen zur Linderung der Not in Nigeria und Biafra besonders geeignet ist, solch einen Schritt zu unternehmen. Nun ist aber ein Waffenstillstandsvorschlag schon gemacht worden, nämlich von Seiten des vom äthiopischen Kaiser geleiteten Komitees, welches sich ganz allgemein der Probleme der nigerianischen Region angenommen hat. Es schiene mir deshalb nützlich, vor einer Demarche mit den Mitgliedstaaten dieses Komitees, insbesondere Aethiopien, Verbindung aufzunehmen, um die Demarche allenfalls auf eine breitere Basis zu stellen. Grundsätzlich begrüssen wir den schweizerischen Vorschlag.

Herr Spühler: Ich danke Ihnen für diese grundsätzliche Bereitschaft, an einer solchen Demarche teilzunehmen. Unsere Idee ist, in Nigeria/Biafra während einer Woche einen Waffenstillstand zu erwirken und während dieser Zeit unter internationaler Kontrolle Medikamente und Lebensmittel in grosser Zahl nach Biafra zu fliegen. Nigeria würde versprechen, die Hilfsflüge in keiner Weise zu beeinträchtigen, während Biafra sich verpflichten würde, während dieser Zeit keine Waffen zu importieren. Unser Bestreben ginge dann dahin, den Waffenstillstand über diese "Mercy-Week" hinaus zu verlängern. Die Wahl des Zeitpunktes ist in der Tat äusserst wichtig. Es hat erst einen Sinn, den Appell zu lancieren, wenn wir sicher sind, dass er von beiden Seiten angenommen wird. Die Organisation der afrikanischen Einheit hatte bisher keinen Erfolg. Ich frage mich deshalb, ob es psychologisch richtig ist, den Appell zu sehr mit dieser Organisation zu verbinden. Leicht könnten alsdann Prestigefragen das Uebergewicht erhalten.

- 19 -

Herr Tepavac: Ich glaube auch, dass die Staaten dieser Organisation nicht zur Teilnahme aufgefordert werden sollten. Hingegen scheinen mir vorgängige Kontakte mit ihnen wertvoll, da durch eine solche Verbindung der richtige Zeitpunkt leichter ermittelt werden kann. Denn es muss nach Möglichkeit verhindert werden, dass der Appell erfolglos verhallt.

Herr Spühler: Je mehr Staaten sich am Appell beteiligen, desto grösser ist die Gefahr, dass dessen Forderung versickert.

Herr Tepavac: Haben Sie schon einen Hinweis dazu, wie Lagos reagieren wird?

Herr Spühler: Nein. Doch glauben wir, genügend Zeichen für die Annahme zu haben, dass Biafra einer solchen "Mercy-Week" positiv gegenübersteht.

Herr Tepavac: Ich glaube, dass die Kombination unserer beiden Staaten einen gewissen Erfolg versprechen kann. Die Schweiz hat als Sitzstaat des IKRK und nach all ihren humanitären Aktionen in Nigeria und Biafra allen Rückschlägen zum Trotz ein bedeutendes Prestige, während Jugoslawien als blockfreier Staat manchen afrikanischen Staaten politische Ideen vermittelt hat und auf diesem Kontinent deshalb über ein gewisses Gewicht verfügt. Vielleicht, dass eine Verbindung mit Aethiopien einer solchen Aktion doch noch eine verstärkte Wirksamkeit verleihen könnte.

Herr Spühler: Um allfällige Missverständnisse auszuschalten, möchte ich präzisieren, dass es sich hierbei nicht um eine Demarche des - vom Bund unabhängigen - IKRK handelt, sondern um eine staatliche Aktion. - Niemand dürfte die neutrale Haltung unserer beiden Staaten in diesem Konflikt in Zweifel ziehen. Dieser Gesichtspunkt muss auch für den Zuzug weiterer Staaten zu einer gemeinsamen Demarche ausschlaggebend sei. Wir werden von Bern aus in dieser Angelegenheit

weitere Sondierungen an die Hand nehmen und Sie über den normalen diplomatischen Weg auf dem laufenden halten.

Herr Tepavac ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

Es folgen: Dankes- und Verabschiedungsworte.

Ende der zweiten Sitzung: 11.15